

Stellungnahme PMT-Gesetz

Mit dem PMT-Gesetz sollen die präventiven Kompetenzen des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) massiv ausgeweitet werden. Befürworter argumentieren, dass der internationale Terrorismus dies erfordere. Das PMT **verstösst** jedoch **gegen grundlegende Errungenschaften der Rechtsprechung**. Zudem bedeutet es eine einschneidende Veränderung im Verhältnis zwischen Bürger und Staat.

Einige Beispiele:

- Die Fedpol kann künftig **auf reinen Verdacht hin** und ohne richterliches Urteil **Hausarrest** von bis zu 9 Monaten erteilen. Allfällige Lockerungen würden im alleinigen Ermessen der Fedpol liegen. Das öffnet Tür und Tor für **Willkürjustiz**.
- Das grundlegende Rechtsprinzip der **Unschuldsvermutung** wird aufgegeben.
- Die **Gewaltenteilung** zwischen Kläger (den staatlichen Institutionen) und Richter ist nicht gegeben. Bisher oblag es letzterem, eine allfällige Haft wegen Verdunkelungsgefahr anzuordnen.
- **Das Gesetz widerspricht der Bundesverfassung** (Art. 5, 3), wonach Behörden nach dem Prinzip «Treu und Glauben» zu verfahren haben. Neu findet das Prinzip **«Sanktionierung auf Verdacht hin»** Anwendung.

NEIN zu 9 monatigem Hausarrest, elektronischen Fussfesseln, Meldepflichten, Reiseverboten ohne richterliches Urteil!

Vorwand für die geplante massive Ausweitung polizeilicher Kompetenzen ist der internationale Terrorismus. Spätestens seit dem 11. September 2001 wird dieser Begriff jedoch zunehmend unscharf verwendet, um Menschen, die dem politisch-korrekten Mainstream widersprechen, als Gefährder zu brandmarken und entsprechend zu sanktionieren. Unterdessen genügt es bereits, Zweifel an den Corona-Massnahmen des Bundes oder Bedenken bei den im Schnellzugstempo zugelassenen genbasierten Impfungen zu äussern, um ins Visier von Profilern oder gar des Bundesamts für Verfassungsschutz zu kommen.

Selbst die **UNO hält das Schweizer PMT für problematisch** im Hinblick auf die Menschenrechte.

Deshalb treten wir für ein entschiedenes NEIN ein!

Stellungnahme Covid-19-Gesetz

Dieses Gesetz wurde geschaffen, um die Massnahmen, welche der Bundesrat im Jahre 2020 erlassen hat, gesetzlich zu legitimieren und längerfristig zu etablieren. Für Akzeptanz sollen die darin enthaltenen Elemente der Ausgleichszahlungen an die Wirtschaft sorgen.

Wir Unternehmer sagen jedoch ganz klar: NEIN!

NEIN zur Aufgabe freier wirtschaftlicher Tätigkeit gegen Almosen!

Begründung

Wir sind freie Unternehmer und keine Almosenempfänger. Der Bundesrat, wie auch kantonale Regierungen, haben uns unsere Geschäftstätigkeit verboten oder durch oft widersprüchliche Massnahmen massiv eingeschränkt. Dies entspricht faktisch einer Enteignung und Entmündigung. Selbstverständlich haben wir Anspruch auf Entschädigung, wir lehnen es jedoch ab, in ein langfristiges Abhängigkeitsverhältnis von staatlichen Fördergeldern getrieben zu werden.

Der wahre Grund für das Covid-19-Gesetz ist nicht die Vergütung notleidender Betriebe, sondern die Aufrechterhaltung und Legitimation eines Massnahmen-Regimes, das in seiner Gesamtheit wesentlich mehr menschlichen und volkswirtschaftlichen Schaden anrichtet als das Virus selbst. Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung und freies Unternehmertum wurden einem diffusen Begriff von «absoluter Sicherheit» und «Gesundheit» untergeordnet, der jegliche Verhältnismässigkeit vermissen lässt.

Der Bundesrat hat es bis heute unterlassen, ein glaubwürdiges Ausstiegsszenario für den Massnahmenwahn zu präsentieren. Im Gegenteil, die für eine Öffnung massgeblichen Parameter werden laufend verändert: einmal ist es die drohende Überlastung der Spitäler, dann ist es der R-Wert, dann die absolute Anzahl der positiven PCR-Tests, dann wiederum die Zahl positiver Tests pro 100'000. Mit der Drohkulisse einer Flut von angeblich noch ansteckenderen Mutationen, die es zu bändigen gelte, ist unterdessen jegliche Planungssicherheit verloren gegangen.

Der Bundesrat hat sich verrannt.

Ein klares NEIN zum Covid-19-Gesetz ist der Weg raus aus dieser Sackgasse!

Stellungnahme CO2-Gesetz

Das CO2-Gesetz ist der Todesstoss insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), welche immer noch die Hauptarbeitgeber in der Schweiz darstellen. Die Durchsetzung der CO2-Ziele wird einen kompletten Umbau unserer heutigen Energie-Infrastruktur erfordern.

- Der Umstieg auf die sogenannten «Erneuerbaren Energien» ist **enorm teuer**; zusätzlich sind jene Energielieferanten sehr wartungsintensiv.
- Für eine dezentrale Stromerzeugung muss das Stromnetz **vollkommen erneuert** werden.
- Konkrete Berechnungen zeigen Investitionskosten in der Schweiz von rund **1'400 Milliarden** Franken. Die Kosten für die Netz-Erneuerung sind dabei nur teilweise eingerechnet, was diesen Betrag ggf. verdoppelt.
- Diese enormen Kosten werden via Steuern, Gebühren und durch höhere Energiepreise **auf die Privaten sowie die KMU abgewälzt**.
- Die Frage der Speicherung von Strom ist nach wie vor ungelöst, bzw. **sehr teuer** und im Falle von Batteriespeichern schädlich für die Umwelt.
- Durch den Wegfall eines beträchtlichen Anteils an Bandenergie, die durch Atomstrom und fossile Brennstoffe erzeugt wird, werden die **Stromnetze instabil**.
- Mögliche Blackouts und eine **unsichere Stromversorgung** mindern die Planungssicherheit des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

NEIN zur Umverteilung von den Fleissigen zu den Reichen und zur Besteuerung unserer Atemluft!

Nachhaltig?

Umweltverbände singen ein Loblied auf die Elektrifizierung des Verkehrs. In Wahrheit sind die sozialen und ökologischen Folgen indes problematisch. In Südamerika und Afrika werden beispielsweise ganze Landstriche, die so schon wenig Wasser haben, durch die Gewinnung von Lithium ausgetrocknet. Naturvölker werden vertrieben, Urwälder zurückgedrängt. Durch die Gewinnung von Cobalt werden die Böden und die Arbeiter vergiftet.

Die Milliardengewinne fließen hingegen in die steuerbefreiten Taschen internationaler Grosskonzerne wie Tesla, Amazon, Google, Apple oder Microsoft.

CO₂, ein natürliches Gas, welches für die Photosynthese von Grünpflanzen essentiell ist, wird als Gift bezeichnet und verteufelt. Wir Menschen stossen zusammen mit allen anderen Lebewesen CO₂ aus. **Soll unsere Atemluft demnächst Steuerpflichtig werden?** Gleichzeitig verordnet man uns Gesichtsmasken, welche die Rückatmung von CO₂ drastisch erhöht und oft medizinische Schäden wie Konzentrationsstörungen, Kopfweg, Schwindel und Entwicklungsstörungen bei Kindern auslöst.

Obwohl zahlreiche Experten und Klimatologen die These vom menschengemachten Klimawandel in Frage stellen, **wird jegliche Debatte darüber in den Medien und in der Politik im Keim erstickt**. Ohne Grundsatzdiskussion und aufgrund einer nicht hinterfragten Prämisse würde der teuerste und grösste Wirtschaftsumbau der Schweizer Geschichte mit einem planwirtschaftlichen Kraftakt top-down erzwungen, zu lasten Privaten, Selbstständigen und der KMU.

Daher ein entschiedenes NEIN zu dieser Umverteilung von den Fleissigen zu den Reichen!

wir stellen uns vor.

Der Verband Freie KMU steht als branchenübergreifender Verband für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung im wirtschaftlichen Handeln, wie auch im gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Vorstand und unsere Aktivitäten haben nur ein Ziel: die INTERESSENSVERTRETUNG DER VERBANDSMITGLIEDER, und nicht einfach Sprachrohr des Bundesrates zu sein, wie wir das an anderer Stelle beobachten. Wir sind der Überzeugung, dass die Macher die Zukunft gestalten. Lasst uns also zusammen auf eine freie Zukunft hinarbeiten!



Vision:

Wir möchten frei und selbstbestimmt leben und wir tun alles dafür, dies zu erreichen. Wir sind bereit, eine entsprechend neue Gesellschaft aufzubauen. Bereits 10% der Schweizer KMU und Selbständigen entsprechen etwa 50'000 Unternehmen oder etwa 300'000 Menschen. Dies ist weitaus genug zur Gestaltung dieser Zukunft.

Funktion & Position:

Der Verband Freie KMU hat folgende Ziele:

- Gemeinsam aktiv werden: Bedürfnisse klären, Strategien erarbeiten, Aktionen planen.
- Rückführung zum Souverän: nur durch selbstbestimmtes Handeln werden wir wieder souverän.
- Vernetzen und unterstützen: durch Kenntnis voneinander das lokale Gewerbe reaktivieren und nachhaltig stärken.
- Verbinden & Agieren: ein Verband von KMU für KMU.

Jetzt handeln!

Für die Erschaffung neuer Werte in einem bestehenden System gibt es verschiedene Wege. Sie können juristisch oder politisch sein. Man kann Leserbriefe schreiben oder auf die Strasse gehen. Unser Weg soll über die Aufklärung und danach durch das konkrete Tun und aktives Handeln geprägt und beschriftet werden!

Ihr Beitrag:

Wir sind der Überzeugung, dass jedes Mitglied wichtig ist und wir uns letztendlich ergänzen. Der erste Schritt ist, sich kennen zu lernen und die gemeinsamen Bedürfnisse zu verstehen. Der Verband Freie KMU bildet den Rahmen für Ihr selbstbestimmtes Handeln und wir unterstützen Sie dabei mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln!

Verband Freie KMU

Firststrasse 8
8835 Feusisberg

www.freie-kmu.ch
sekretariat@freie-kmu.ch

